

**Abstimmung im Bundesrat über das Steuerabkommen mit der Schweiz** (Plenarsitzung vom 28.09.2011)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Sagel.

**Rüdiger Sagel<sup>\*)</sup>** (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Steuerabkommen ist die Kapitulation Deutschlands vor dem Schweizer Bankgeheimnis. Das ist das, was hier tatsächlich passiert. Es ist ein unglaublicher Ablasshandel, der jedem ehrlichen Steuerzahler die Zornesröte ins Gesicht treibt.

Von 300 Milliarden € wird ausgegangen, die auf Schweizer Konten am Fiskus vorbei hinterzogen worden sind. Der Alpenstaat Schweiz hat sich die Taschen durch deutsche Steuerhinterzieher vollgemacht. Ich sage – ich glaube, zu Recht –: Das ist eine Gangsterrepublik, was diese Politik angeht, die in diesem Bereich gemacht wird.

(Widerspruch von der CDU – Angela Freimuth [FDP]: Unglaublich!)

Das sage ich sehr deutlich.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Sieveke, das war das maximale Lob für die Frau Ministerpräsidentin. Offensichtlich ist die vielzitierte Kavallerie bei Ihnen durchgegangen. Denn ich weiß nicht, ob Sie wissen, wer Pallas Athene eigentlich war.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Das war nämlich die Göttin der Weisheit, der Strategie und des Kampfes.

(Heiterkeit und Beifall von der LINKEN und von der SPD)

Genau das wollen wir in dieser Angelegenheit von der Landesregierung und von der Ministerpräsidentin an der Spitze sehen. Denn Linke, Grüne und SPD sind sich in dieser Frage sehr einig. Ich muss schon sagen: Ich bin sehr überrascht, denn so ein großes Lob an die Ministerpräsidentin hat man von Ihrer Seite noch nie gehört.

(Heiterkeit und Beifall von der LINKEN und von der SPD)

Der am 21.09.2011 endlich veröffentlichte Vertragstext des Deutsch-Schweizer Abgeltungssteuerabkommens bestätigt die schlimmsten Befürchtungen. Das Einzige, was an diesem

Abkommen wirklich funktionieren wird, sind die Amnestie und die Einstellung der laufenden Strafverfahren.

Wie schon die niedrige Garantiesumme zeigt, werden sich die künftigen jährlichen Zahlungen an den deutschen Fiskus auf einen Bruchteil der vom deutschen Finanzministerium vermuteten Summe belaufen, zumal der geltende EU-Steuersatz auf Zinserträge von 35 % mit dem Abkommen rechtswidrig auf 26 % gesenkt wird. Auch das ist eine Folge dieser Vereinbarung.

Die Schlupflöcher des Abkommens im Hinblick auf die Zahlstellen, die erfassten Vermögenswerte und die betroffenen Personen sind riesig. Auch das ist eine Konsequenz dieses Abkommens.

Die Zahlungsverpflichtung kann durch Kostenverlagerungen in ausländische Niederlassungen umgangen werden. Die Vermögenswerte sind unvollständig erfasst oder werden gar nicht mehr besteuert. Die Abgeltungssteuer verstößt insofern auch gegen europäisches Recht.

Vor allem ist ein ganz wesentlicher Punkt: Das Abkommen schwächt massiv die Strafverfolgung von Steuerstraftätern. Wenn man sich das in der Realität anschaut, sieht man: Die von den Ländern erworbenen Daten-CDs werden durch eine Amnestieklausel in Art. 17 für die Steuerfahndung weitgehend unbrauchbar.

Die Amnestieklausel zusammen mit dem langen Zeitfenster bis 2013 lässt dem deutschen Steuerhinterzieher die Wahl: Entweder er behält sein Bankkonto in seinem Namen, zahlt die rückwirkende Abgeltungssteuer und genießt damit die Amnestie, oder aber er geht den oben beschriebenen Weg über Stiftungen oder Trusts und spart sich die Abgeltungssteuer in Zukunft, ohne sein Geld weißgewaschen zu haben.

Dagegen muss massiv vorgegangen werden. Dass das in der Realität umgesetzt wird, muss verhindert werden;

(Beifall von der LINKEN)

das ist völlig inakzeptabel. Ich kann nur sagen: Bisher konnte man den Eindruck haben, dass es nur in Hessen so sei, dass regierende Politik engagierte Steuerfahnder für verrückt hält, aber offensichtlich scheint dies auch im Bundesfinanzministerium der Fall zu sein. Anders kann man nicht erklären, dass es jetzt ein unterschriebenes Abkommen mit der Schweiz gibt, bei dem die Bundesrepublik keine Möglichkeit mehr hat, nachzuprüfen, ob alle Steuerpflichtigen ihre Steuern ordentlich gezahlt haben. Es ist wirklich ein Skandal, was an dieser Stelle passiert.

(Beifall von der LINKEN)

Im Klartext heißt das: Dieses Abkommen mit Genehmigung der CDU ist die Steuersenkung der FDP für Reiche und Superreiche.

(Heiterkeit von Gunhild Böth [LINKE])

Davon profitieren wieder nur die Banken in der Schweiz und deutsche Steuerverbrecher. Bezahlen werden dann wieder die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie diejenigen, die von der Kürzung öffentlicher Leistungen getroffen werden. Das ist die Realität.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist die Auswirkung dessen, was Sie verabschiedet haben. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.